



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

11.05.04

Zukunft des FZW und Turbulenzen um URBAN II

Presseerklärung

1. Zukunft des Freizeitentrums West

Die Zukunft des Freizeitentrums ist nach wie vor ungeklärt. Neben Überlegungen, das FZW in eine andere Trägerschaft zu überführen, besteht nach wie vor das Standortproblem, da im Rahmen der Infrastrukturrevision eine Aufgabe des Standortes und ein Verkauf des Grundstücks geplant ist.

Über einen längeren Zeitraum schien der Umzug ins Hafengebiet eine geeignete Lösung zu sein. Es stellte sich heraus, dass die Umbaumaßnahmen der ins Auge gefassten alten Speicherhalle zu kostenintensiv gewesen wären.

Das FZW sucht einen Veranstaltungsraum für bis zu 800 Personen und Nebenräume (Thekenraum, Clubraum, etc.) in einer möglichst zentralen Lage. Unter verbesserten Voraussetzungen wäre es dem FZW möglich, ein soziokulturelles Zentrum zu betreiben, das mit der Zeche Carl in Essen oder dem Bahnhof Langendreer in Bochum zu vergleichen wäre und das in Dortmund in dieser Größenordnung fehlt. Musikveranstaltungen, die auf eine entsprechende Saalgröße angewiesen sind, laufen an Dortmund vorbei. Eine Alternative wie die Anmietung der kleinen Westfalahalle kommt aus Kostengründen nicht in Frage.

Der in Dortmund ansässige und bundesweit tätige Visions-Verlag sucht häufig Räumlichkeiten für große Musikevents, die auch den Vorstellungen des FZW-Teams entsprechen. Die Nachfrage kann in Dortmund aber bisher nicht befriedigt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden aus diesem Grund die Standortalternative Dortmunder U ins Gespräch bringen. Die dort vorhandenen Räumlichkeiten wären für ein zentrales Kultur- und Kommunikationszentrum mit überregionaler Ausstrahlung geeignet. Für den Standort spricht nicht nur die optimale Erreichbarkeit und das Ambiente, sondern auch die Umgebung, die geeignet wäre, Pop-Kultur nahes Gewerbe aufzunehmen. Damit würde nach



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

unserer Auffassung ein sinnvoller Baustein kultureller und gastronomischer Mischnutzung realisiert, der zur Aufwertung des Dortmunder U beiträgt und breite Bevölkerungsschichten und insbesondere junge Menschen anspricht.

Auf jeden Fall braucht das FZW Planungssicherheit. Wir werden darauf drängen, dass diese Alternative für das Dortmunder U geprüft wird.

2. URBAN II:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten es für unerlässlich, dass die mit URBAN II-Mitteln geförderten Projekte in der Nordstadt ohne Verzögerung weitergeführt werden. Dem Ansinnen der CDU, die Beschlussfassung zu URBAN II bis zur Vorlage des Berichtes des Rechnungsprüfungsamtes auszusetzen, werden wir nicht folgen.

Tatsächlich hat es in der Vergangenheit offensichtlich Probleme bei der Koordination und Verwaltung des Projektes gegeben, bei dem immerhin Mittel in Höhe von fast 30 Millionen Euro bewegt werden. Die Fehler sind inzwischen erkannt und eindeutig im Verwaltungshandeln lokalisiert worden. Hier gab es eine eklatante Fehleinschätzung des Aufwandes, der zur Abwicklung der zahlreichen Projekte notwendig ist. Unseres Erachtens stehen vor allen Dingen der Planungsdezernent in der Kritik, der die völlig unzureichende Personalausstattung nicht als Problem erkannt hat.

Aus Sicht der GRÜNEN ist in aller Deutlichkeit festzuhalten, dass die Quartiersmanager in der Nordstadt und die Träger vor Ort unter den gegebenen schwierigen Bedingungen einwandfrei gearbeitet haben. Es ist unbedingt notwendig, den teilweise schon entstandenen Zeitverzug einzuholen und allen Beteiligten die notwendige Planungssicherheit zu geben. Innerhalb der Verwaltung hat eine Korrektur stattgefunden. Die nunmehr installierte Projektgruppe scheint ein angemessenes und arbeitsfähiges Gremium zu sein, um die organisatorische und finanzielle Abwicklung der Projekte zu gewährleisten.

Es war höchste Zeit, eine Umstrukturierung auf der Grundlage der Erkenntnisse vorzunehmen, die mutmaßlich im Bericht des Rechnungsprüfungsamtes genauer dargestellt sind. Falls sich aus dem Bericht ergibt, dass weitere Umsteuerungsmaßnahmen erforderlich sind, können Politik und Verwaltung diese vornehmen.